

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Seit dieser Woche haben es alle schwarz auf weiß: Die Wirtschaft im Lande lahmt weiter. Ein mageres Wirtschaftswachstum von nur 0,2 Prozent erwartet die Ampel-Regierung, einen vollen Prozentpunkt weniger als noch im Herbst. Damit nicht genug: Einzelne Konjunkturforscher befürchten bereits ein weiteres Rezessionsjahr.

Kein Wunder, dass die Unternehmen nervös sind, und Bürger besorgt in die Zukunft blicken. Umso mehr, als die Bundesregierung keinen Plan für neues Wachstum hat. Stattdessen neuer Ampelstreit auf offener Bühne. CDU und CSU brachten in dieser Woche ein 12-Punkte-Sofortprogramm in den Bundestag ein, um die Wachstumsbremse zu lösen. Mehr im Newsletter.

Schlechte Nachrichten leider auch vom Wohnungsmarkt: Die Bauwirtschaft steuert immer tiefer in die Krise und mit ihr der Wohnungsmarkt. 400.000 neue Wohnungen jährlich versprach die rot-grüne-gelben Koalition. Erreicht wurde die Zahl bislang nicht. Jetzt warnt ein neues Gutachten, die Zahl der neuen Wohnungen drohe auf künftig nur noch 150.000 zu sinken. Das wären noch einmal 120.000 Wohnungen weniger als im vergangenen Jahr.

Die Gründe: Hohe Zinsen, hohe Baustandards und hohe Baukosten lassen kaum noch finanzierbare Neubauten zu.

Noch ein Blick Richtung Osten. Am 24. Februar vor zwei Jahren begann der russische Überfall auf die Ukraine. Seitdem wurden mehr als 10.000 Zivilisten durch russischen Beschuss getötet, darunter fast 1.000 Kinder. Russland zerstört Wohnungen und zivile Infrastruktur, verwüstet vor allem den Osten und Süden des Landes. Hunderttausende Ukrainer sind auf der Flucht. Auf beiden Seiten sind es die Frauen, die ihre Kinder verlieren. Das darf nicht hingenommen werden.

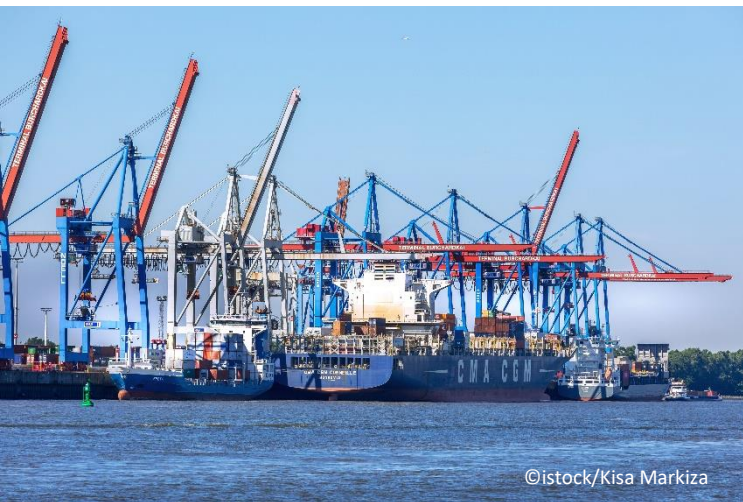
Und jetzt beginnt die Unterstützung der westlichen Staaten zu bröckeln. Ergebnis innenpolitischer Machtspiele in den USA und nicht eingehaltener Versprechen der EU. Auch Deutschland hat seinen Anteil an dem Problem. Da hilft es auch nicht, wenn Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Finger auf andere zeigt. Jetzt hat sogar die eigene Koalition die Geduld mit ihm verloren und fordert in einem Antrag weiterreichende Waffen für die Ukraine.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und trotz allem viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Deutschland braucht die Wirtschaftswende



Deutschland sei „nicht mehr wettbewerbsfähig“, befanden Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner unlängst einhellig. Dabei blieb es. Lösungspläne: keine. Das von Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Lindner gepriesene Wachstumschancengesetz wurde von Rot-Grün-Gelb selbst zum Torso abgespeckt. Was als Wachstumsimpuls angekündigt wurde entpuppt sich als Scheinlösung: Wachstumseffekt: 0,05 Prozent.

Nötig ist jetzt ein starkes Sofortprogramm. CDU und CSU haben in dieser Woche einen [Vorschlag](#) in den Bundestag eingebracht. Der Inhalt: Entlastungen für Arbeitnehmer, Wirtschaft und Rentner. Das Ziel: Eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit der Optimismus zurückkehrt.

Teil des Programm sind die Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns, Steuerfreiheit für Überstunden von Vollzeitbeschäftigten, aber auch strengere Regeln für Bürgergeldbezieher, wenn diese eine Arbeitsaufnahme verweigern. Rentner, die neben der Rente weiterarbeiten,

sollen einen Teilt ihres monatlichen Arbeitseinkommens steuerfrei erhalten.

Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen soll durch Entlastungen wie die Senkung der Steuern auf im Unternehmen verbleibende Gewinne verbessert werden. Gegen die hohen Energiepreise sollen eine dauerhafte Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Minimum von 0,05 Cent je Kilowattstunde und die Halbierung der Netzentgelte helfen.

Hinzukommen ein Stopp der europäischen Lieferkettenrichtlinie sowie die Aussetzung und Überarbeitung des deutschen Lieferkettengesetzes. Die Steuererhöhungen für Landwirte sollen ganz wegfallen.

Die Einführung einer Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeit sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung sollen Arbeitnehmern und Arbeitgebern mehr Gestaltungsspielraum geben.

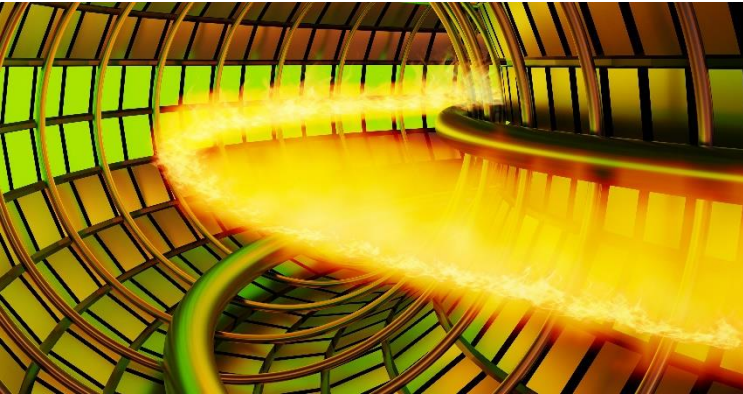
Bemerkenswert: Weder der Wirtschaftsminister noch einer seiner Staatssekretäre fühlten sich bemüßigt an der Parlamentsdebatte teilzunehmen.



Sebastian Brehm: „Wir brauchen eine Wirtschaftswende, jetzt! Nicht reden, handeln ist das Gebot der Stunde. Die

Ampelkoalition hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession und Deindustrialisierung geführt. Nötig ist jetzt ein kräftiger Impuls für einen Neustart der Konjunktur. Dem müssen mittel- und langfristige Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft folgen.“

Kernfusion als Zukunftschance begreifen



Nicht heute oder morgen, aber doch in einem überschaubaren Zeitraum könnte Kernfusion die saubere und sichere Energiequelle der Zukunft sein. Noch befindet sich Forschung im Versuchsstadium; doch gerade in jüngster Zeit gab es hoffnungsvolle Fortschritte. Für CDU und CSU ist es wichtig, dass unser Land bei dieser Hochtechnologieentwicklung nicht aus ideologischen Gründen den Anschluss verpasst. Weshalb die Fraktion jetzt gleich zwei Anträge zum Thema Kernfusionskraftwerke in den Bundestag einbrachte.

Darin spricht sich die Fraktion für den Bau von zwei Fusionsreaktoren mit unterschiedlicher Technik aus, um die Forschung im eigenen Land zu stärken und auf Weltklasseniveau zu heben. Die Union begrüßt dabei, dass bis 2028 voraussichtlich rund eine Milliarden Euro in die Fusionsforschung fließen werden, kritisiert aber, dass die Ampelregierung in diesem Jahr nur magere 15 Millionen Euro bereitstellt.

Weil sich an der Forschung auch zunehmend private Investoren beteiligen, muss schnellstmöglich ein Rechtsrahmen für den Betrieb von Fusionskraftwerken in Deutschland und Europa geschaffen werden. Die bestehenden

Vorschriften für Kernkraftwerke sind dafür untauglich, schon weil bei der Kernfusion kein strahlender Langzeitabfall entsteht.

Sebastian Brehm: „Es geht um unsere



Zukunftsfähigkeit! Der Einstieg von privaten Investoren in die Fusionsforschung zeigt, dass mittel- und langfristig ernsthafte Chancen für eine wettbewerbsfähige kommerzielle Nutzung der Technik gesehen werden. Deshalb müssen wir Planungssicherheit schaffen. Deutschland darf diese Entwicklung nicht verschlafen. Als Hochtechnologiestandort sind wir auf eine saubere und sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen.“

Grüne Asyl-Blockade

Nach monatelangem Hin und Her einigten sich Bundeskanzler Scholz und die Regierungschefs der Länder auf einen Pakt zur Begrenzung des hohen Zustroms von Asylbewerbern. Teil der Vereinbarung: Die Forderung der Union, Asylbewerberleistungen künftig bundesweit über eine Bezahlkarte auszuführen. Jetzt droht das Projekt zu scheitern. Die Grünen blockieren eine notwendige Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Sinn der bargeldlosen Leistungen: Die Möglichkeiten zum Missbrauch der staatlichen Unterstützung – etwa in Form von Zahlungen an Schlepper oder Überweisungen ins Ausland – sollen erschwert werden.

Asylbewerber erhalten also nicht weniger Leistungen; sie erhalten die Leistungen nur in anderer Form. Gleichzeitig kann so der

Verwaltungsaufwand der Kommunen gesenkt werden, denen es immer schwerer fällt, die Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Statt einer einheitlichen Lösung droht jetzt ein Flickenteppich. Denn Länder wie Bayern oder Hamburg, aber auch etliche Kommunen wollen Vorhaben nicht aufgeben.



Sebastian Brehm: „Die Grünen müssen ihre ideologisch motivierte Blockade sofort beenden. Bundeskanzler Scholz muss endlich für

Ordnung in seiner eigenen Koalition zu sorgen. Wir brauchen eine einheitliche Lösung, keinen Flickenteppich.“

Diskussion über die Zukunft der EU



Zwei Mal im Jahr treffen sich Abgeordnete der nationalen Parlamente mit Vertretern des Europaparlaments und der EU-Kommission zur Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung (SWKS) der EU. Als Teil der sechsköpfigen Delegation des Deutschen Bundestages habe ich Mitte Februar an der SWKS in Brüssel teilgenommen. Schwerpunkte des Treffens waren die Zukunft der Wirtschafts-

und Währungsunion, die Finanzierung künftiger EU-Erweiterungen sowie strategische Investitionen und Reformen zur Stärkung des Wachstumspotenzials.

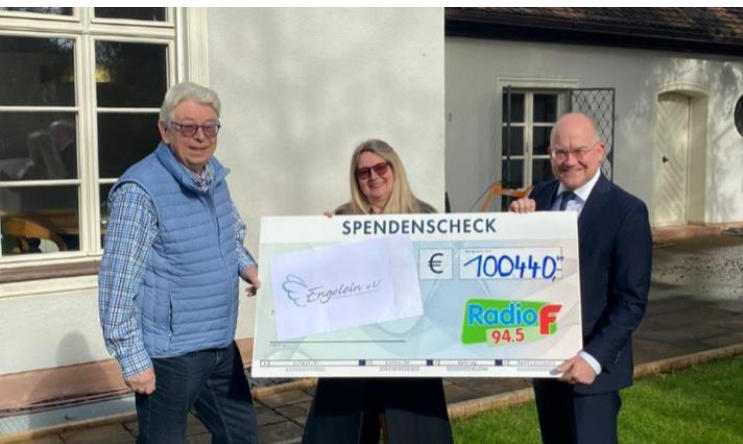
Angesichts der gestiegenen Energiekosten wurde angemahnt, dass auch energieintensive Industrien eine Zukunft in Europa haben müssten. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für die Entwicklung der Gemeinschaft unterstrichen. Die WWU und der Euro hätten einen wesentlichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum geleistet. Ein schwieriges Thema war die Finanzierung künftiger EU-Erweiterungen. Insbesondere mit Blick auf den Beitritt der Ukraine herrschte teilweise Skepsis unter den Teilnehmern. Andererseits wurde darauf verwiesen, dass es bis zu einem Beitritt noch einige Jahre dauern wird. Bis dahin dürften sich viele EU-Staaten so entwickelt haben, dass sie zu Nettozahlern geworden sind, was wiederum Entlastungen für den EU-Haushalts bringt, hieß es.



Sebastian Brehm: „Die SWKS ist ein wichtiger Beitrag zum Meinungs-austausch zwischen den nationalen Parlamenten der EU-Staaten, dem

Europaparlament und der EU-Kommission. Die Konferenzen sind ein guter Rahmen, um die verschiedenen Sichtweisen in großer Runde, aber auch in vielen Gruppen- und Einzelgesprächen auszutauschen. Gerade in einer EU von 27 Mitgliedstaaten trägt dies zum Zusammenhalt des Staatenbundes bei.“

Tolles Ergebnis für krebskranke Kinder



Jedes Jahr am 6. Dezember startet die große Radio F-Spendenaktion zugunsten des Vereins Englein e.V.. Jetzt wurde Bilanz gezogen: Insgesamt 100.440 Euro kamen bei der jüngsten Aktion zusammen. Ein tolles Ergebnis.

Der Verein kümmert sich um krebskranke Kinder und ihre Familien in der Region und unterstützt sie auf dem schwierigen Weg durch und mit der Erkrankung. Und jeder gespendete Cent kommt da an, wo er gebraucht wird. Danke allen Spendern für die Unterstützung für die eine ganz wertvolle Arbeit. Danke vor allem auch der Familie Specht und Englein e.V. für ihr wieder großartiges Engagement.

Brehm.mobil wieder unterwegs



Das Brehm.mobil startet zum ersten Einsatz in diesem Jahr. Vor der Sparkasse Stresemannplatz/Ecke Sulzbacher Straße stehe ich Ihnen am Donnerstag, 29. Februar, von 16 bis 18 Uhr mit meinem Brehm.mobil persönlich für ihre Anliegen und zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung. Dazu gibt es- wie immer- einen heißen Kaffee.

Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zukommen lassen unter: sebastian.brehm@bundestag.de. Ich freue mich auf Sie!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.